

Deutscher Reichstag.

28. Sitzung vom 1. Februar, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Herr v. Vereloff s. u. Das Haus ist heute beschl. Die erste Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung (Gewerbegebühren) in Verbindung mit dem die gleiche Tendenz verfolgenden Antrage der Abg. Gröber (Württemberg) und Genossen wird fortgesetzt.

Abg. v. Erdmann (Gr.): Das Centrum ist bezüglich des Antrages Gröber gewissermaßen in sich getheilt, daß ich geneigt bin, ihn auf's Entschiedenste zu bekämpfen. Die mögliche Verschärfung der Bestimmungen über die Erhebung der Gewerbegebühren bezieht sich in der Regelungsanfrage mit Freuden. Durch unerhörte Geldausbeute erzielte Gewinne werden der ganze Staat geschädigt. Das Centrum ist die Gewerbegebühr, die auf dem Generalparlamentum des Reichstages durch den Reichstag beschlossen wurde. Dort erklärte man sich auch dafür, daß unabweisliche Leuten der Schein entgegen wird. Ich bin daher der Meinung darauf, daß die neue maßvolle Vorlage eingebracht hat. Im Widersatz, in meinem Wahlkreise, über 2000 Familien notwendig sind an Gewerbe. Nicht nur aus Mangel an meinen Wahlkreise, sondern auch aus prinzipiellen Gründen muß ich den Antrag Gröber bekämpfen. Auch die Minorität des Centrums, so der ich in diesem Jahre gehöre, wünscht die Förderung des Handwerks und des Kleinhandels, aber man darf da in den Mittelstand nicht gehen, sonst führt man zum Ende auch den Leuten auf dem platten Lande und aus den kleinen Städten verbieten wollen, ihre Bedürfnisse aus den großen Städten zu beziehen. Mit den Motiven bin ich der Ansicht, daß die weitgehende Verschärfung, ja theilweise Bekämpfung des Gewerbehandels, wie es der Antrag Gröber will, dem Handwert und Kleinhandels nicht einmal viel nützen wird; deren gefährlichster Kontinent sind das Großgewerbe und die Selbstthätigen. Ich bedauere darum um so mehr, daß der Antrag in seinen nächstfolgenden, weitgehenden Bestimmungen einen großen Stand von einigen 20,000 Personen empfindlich schädigt. Es kommt hinzu, daß der Antrag Gröber seinen einzelnen Bestimmungen gegenüber nicht einmal viel nützen wird. Zum Beispiel sind Kolonialwaren, was Manufakturwaren, was handwerkfähig hergestellte Waaren, die in der Regel vom Gewerbebezugsgebiet ausgeschlossen werden sollen? Der Antrag will auch die Zahl der zum Gewerbe zugelassenen Personen einschränken. Hier würde es der Bureaukratie einen zu weiten Spielraum geben. Wenn die es der Antrag Gröber will, werden die Bestimmungen werden, so werden zahlreiche Gewerbetreibende, die sich jetzt unerschwerdlich erziehen, zu Weisen werden. Gegen die Unbilligkeit der Gewerbegebühr ist auf dem Lande am besten der Selbstthätigen, die Anlagen wegen Hausbesitzes. An sich ist das Gewerbe natürlich ein durch das erlaubte Gewerbe. Wenn man es also, wie es der Antrag Gröber will, nicht zwingt, so ist das ein unzulässiger Eingriff in die persönliche Freiheit. Der Antrag will nicht nur da abheben, wo Unbilligkeit wirklich hervorgetreten sind, im Süden und Westen, sondern er läßt auch die Unbilligkeiten im Osten und Norden mit leben; er trifft den kleinen Handwerker ebenso wie den unerschwerdlich und gibt auf wirtschaftlichen Gebiet der Verwaltungsbehörde einen zu großen Spielraum. Das sollte man sich nicht einmal überlegen. Sollte der Reichstag selbst auf diesen Antrag eingehen, so hoffe ich, daß der Bundesrat sein Veto dagegen einlegen wird. (Beifall.)

Abg. Dr. Hoffe (N.): Der Gegensatz zwischen Gewerbe und kleinem Handel ist unklar. Schon jetzt sind Minderheiten von 120 Jahren einen Unterschied zwischen Gewerbe und kleinem Handel ausgeführt, daß ich hier nicht generalisieren lasse, sondern daß unterschieden werden müsse. Diesen Weg hat die Vorlage eingeschlagen und wir werden gut thun, uns im wesentlichen an die Vorlage zu halten, über sie vor allem nicht hinauszuweichen. Eine große Anzahl von Bundesstaaten hat sich gegen die Vorlage ausgesprochen. Wir werden uns vor allem bedarf der Sachverständigen mit Seiten des Schutzes. Namentlich geht der Centrumsantrag bezüglich des Colportagehandels zu weit. Es erwidert sich heutzutage sehr anständige Leute, auch verarbeitete Arbeiter, von Colportagehandels. Der Vertrieb der Konsumgüter geht nicht mehr auf dem Wege der Colportage vor sich, sondern wird durch den Einzelhandel unabhängig zu machen. Diese großen Interessen haben ein Recht daran, im Gehege selbst klar und deutlich herbeigeführt zu werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Dine (Gr.): Unser Antrag deckt sich vollkommen mit den Bestimmungen der Kommission von 1893, und wir möchten daraus die Vorkommen, die wir auch diesmal auf Unterstützung von der rechten Seite werden rechnen können. Nur der selbstthätige Kaufmann kann das leisten, was in steuerlicher Beziehung für den Gemeindefiskus notwendig ist; nur der Selbstthätige können sich verbindliche Beziehungen zwischen Kaufmann und Kaufmann entwickeln, nur der anständige Kaufmann kann seine Pflicht als Bürger erfüllen. Wir würden unter dem Antrag nicht als Ausnahmegehör, der Kaufmann ist eine Ausnahme; unter Antrag soll auch kein Strafgesetz gegen die Kaufleute sein. In früheren Zeiten mag der Handthätigkeit notwendig gewesen sein; heute bei den vermehrten Verhältnissen namentlich auf dem Verkehrsgebiete ist das anders. Wir wollen den Kaufmann als das verbindliche Verbindung, nur den selbstthätigen Kaufmann zu führen. Verbindlich ist die Aufnahme des Detailretails; auch der sich selber haben ferngehalten hat, ist jetzt durch die Konkurrenz dazu gezwungen. Die Vorlage löst die Frage nicht genügend; der einzige Ausweg ist, das Detailretail, wie es unter Antrag besagt, zu verringern.

Landesminister Herr v. Vereloff s. u. Die Mittel des Antrages Gröber sind darauf, was demselben im Kaufmannhand nicht nur beschneiden, sondern ihn sogar auch vollständig kann. Das Bedürfnis zu entscheiden, ist ja auch so wichtig, daß die Behörden sich hierin dagegen wehren, nach dem Bedürfnis zu entscheiden. Dazu können dann noch die verschiedenen Entscheidungen in den verschiedenen Bezirken. Das Bedürfnis ist nicht aus; das würde es toll machen, und zwar ohne daß der Kaufmann etwas davon hat; das würde wieder mehr dem Detailretails zugute kommen. Dabei ist das ordentliche Kaufmannhand ebenso viel wert, wie der ordentliche selbstthätige Kaufmann. Ich habe nicht ein, weshalb man den letzteren sogar höher stellen will. Die Regierung will gerade sein, in der Kommission weitere Anforderungen, die Einzelheiten an sich, sowohl als den Kaufmannhand, wie in Beziehung auf den selbstthätigen Kaufmannhand.

Abg. Schmidt (Verlin, So.): Dieser Gegenstand wird heute Abend ebensowenig erörtern wie die Handwerkskammern etc. weil die bezüglichen Verfügungen nicht lösen lassen auf dem Boden der gegenwärtigen Verhältnisse. Die Bestimmungen über das Schulgeldgewerbe sind nicht einig, denn es gibt gleich ein Gewerbe, das keine Angestellten so schamlos ausbeutet. Währendes stehen da die Theateragenturen oben. Es gibt Klanten, die 60,000 bis 80,000 M. Entnahmen haben. Die Mittelschichtliche Seite des Schulgeldgewerbes ist nicht die Aufführung der Brochüren, sondern die Art der Vergütung der Schulmeister, namentlich die Verhältnisse. Wichtigste Punkte werden durch die Bestimmungen über die Kündigungstrafen in den Kontrakten hervorgerufen. Daher sind Verhältnisse und Aspekte mit engem Zusammenhang übermäßig übermäßig. Unmöglich ist auch das Verbot der Vertrags für die Schulmeister in den Kontrakten. Es

wird Rücksicht genommen auf das Theaterpublikum, das seinen Stimmzettel haben, sondern sich annehmen wird; deshalb darf die erste Liebesheft nicht verbreitet sein. Und der Verfasser dieses Kontrastes ist der Deutsche Bühnenverein, dessen Präsident Graf Doderer ist, der Intendant der königlichen Bühnen. (Beifall.) Er ist gleichzeitig Brochüre des Tageshandels — wie nennt sich das? (Beifall.) Herr v. Vereloff s. u. Der Centrumsantrag wird den kleinen Kaufmann zum Ziel rücken und dadurch die Arbeitslosigkeit sehr vermehren. Der Kaufmannhand ist in der jetzigen Gesellschaft ebenso berechtigt wie jeder andere Gewerbehand. Durch die Verschärfung des Kaufmannhandes und der Detailretails trifft man nicht den Kaufmann, sondern einen Einzelnen, man würde ihnen das Leben noch mehr erschweren. Weist man die kleinen Kaufleute aus ihrem Beruf heraus, wie will man ihnen abdam die Möglichkeit geben, sonst ihr Brot zu verdienen, zumal der Kaufmannhand von vielen als letzter Vorstoher ergriffen wird. Einem Gelegenheits-, der folgende von Leistungen vernichtet, kann meine Partei nie zustimmen.

Abg. Graef (Antl.): Von diesem Gegenstande kann man nicht sagen: „Was lange währt, wird endlich gut.“ Die Besten erreichen hier auch nicht ein Minimum von dem, was sie seit Jahren verlangt haben und zu verlangen ein Recht haben. Dem Drogenhandel möchte viel größere Freiheit gegeben werden, die die Regierung vor sich hat. Die Einschränkung der Konsumverehrung können wir dagegen nach den Bestimmungen der Vorlage zu, schon, weil die Vereine ein Agitations- und Organisationsmittel der Sozialdemokratie bilden, besonders bei uns in Sachsen. Wir verlangen aber eine Abschneidung des Konsumgewerbes, weil durch die bisherigen Bestimmungen der Kaufmannhand getrieben geschieht wird. Aber dererichts müsste auch dem Umfange der Detailretails ein Ende gemacht werden; am liebsten würde mir sein, wenn man das Detailretail ganz verböte.

Abg. Dr. Meyer-Salle (reiff. Berg.): Es ist hier gesagt worden, daß durch die Kaufleute, bevor Leute des Mittelstandes bedroht würden. Man, ich glaube doch, daß man die Kaufleute auch in dem Mittelstand rechnen kann, denn den höheren Ständen gehört doch nur ein kleiner Bruchteil. Nach meiner Auffassung ist die Vorlage ein Maßstab von verschiedenen kleinen, unter sich wenig zusammenhängenden Bestimmungen. Ich will nur Punkte berühren, die im Laufe der Debatte noch nicht erörtert wurden. Der eine Punkt ist der, daß der Kaufmann, der die Gemeinde für den Kaufmannhandgebühren die Benutzung zur Erhebung von Verkaufssteuern gebietet werden soll. Nach meiner Meinung kann das lokale Bedürfnis besser von der Gemeinde erkannt werden. Die Verwaltungsbehörden befinden sich nicht an anderen Orten. Hier in Berlin z. B. wird sehr viel Befehl von Kaufleuten in den Häusern verkauft, unter dem Gewerbehand. Wenn ich am Sonnabend erwidert und niederschreiben von den Details nach Hause komme (Heiterkeit), dann sagt meine Frau zu mir: „Der Krüger war wieder da und hat für morgen die schönste Bute gebracht!“ (Heiterkeit.) Das erwidert mich dem (Heiterkeit) Heiterkeit, und ich würde es sehr unangenehm empfinden, wenn ich dieses Genusses entbehren müßte (Heiterkeit).

Ein zweiter Punkt, der mir unangenehm aufpassen ist, ist die Verschärfung des Handel mit Drogen. Was sind Drogen? Ich habe in den landläufigen Wörterbüchern nachgesehen, auf eine Antwort darauf gefunden. Da verweist auf den deutschen Wortschatz und wendet mich auf ein französisches Wörterbuch. Ich fand dort: „Droge“ ist ein französisches Wort, „Droge“ würde zu einer Rechtsunsicherheit Veranlassung geben, die sich bis ins Unrechtliche steigern würde. Unschlüssig gilt von dem Worte „Schmuckstücke“. Schmuckstücke von einem Material kommen hier nicht in Frage, sondern nur Sachen geringeren Wertes. Die Entscheidung liegt in dem Wohlwollen der Herren Mitglieder. Ich würde mich nicht wundern, daß werden Sie je alle schon an sich erörtern haben (Große Heiterkeit). Wenn jemand einem jungen Mädchen ein harmloses Schmuckstück schenkt, das dem Mädchen sehr gut ist, so daß es infolgebeeren geschmückt ist (Heiterkeit), soll das der Kaufmann nicht mehr verkaufen dürfen?

Was über den Ausbruch zu sagen ist, hat Herr Hoffe schon erledigt. Die Schanerromantik ist in der letzten Besprechung besprochen; gute Werke dagegen werden sehr zahlreich verbreitet. Der Handel ist von jeder ein reichliches Gewerbe gewesen. (Sehr richtig links.) Es giebt gewisse Artikel, die den Leuten sehr notwendig sind, die sie aber nicht kaufen, wenn man sie ihnen nicht vor Augen führt. Daß der Kaufmannhand das Verbot unterliegt, was, aber das nicht, weil nicht hinsichtlich des Gebrauchs zu kaufen, dagegen hätte ich auch nichts (Heiterkeit). Dem Kaufmann aber muß die Gelegenheit gewährt werden, seine Waaren so in dem Mann zu bringen, wie er es für zweckmäßig hält. Mit solchen Mitteln, wie dieses Gesetz, aber man dem Kauf der Welt nicht, mit derartigen Erörterungen schließt sie sich (Beifall links).

Dann mit die Diskussion beginnt. Abg. Müller bedauert im Interesse seines Wahlkreises, daß ihm das Wort abgehandelt ist. Abg. Dr. Büchel (N.) erklärt, in der zweiten Lesung den Ausführungen des Abg. Schmidt über den Bühnenbetrieb entgegenzutreten zu wollen.

Nach einem Schlussworte des Abg. Schwanke (Gr.) zu dem Antrag Gröber wird die Vorlage mit dem Eintritte an eine Kommission von 21 Mitgliedern übergeben. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr (Anträge betreffend Priorität der Initiativanträge; Initiativanträge; Abgrenzung der Wahlbezirke; Volksvertretung in den Bundesstaaten); Es beginnt der Sitzung. Am Mittwoch, den 8. Februar, wird auf Wunsch des Abg. Frhn. v. Rantzau ein Interpellationstag e. betr. Arbeitertagen, die nach der Geschäftsordnung am Dienstag, als am Tage nach jeder Einbringung, verlesen werden mußte, auf die Tagesordnung von Mittwoch gesetzt worden ist.

Schluss 5 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom 1. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerische: Herr v. Hammerstein s. u. Die zweite Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung wird fortgesetzt. Der Etat 2. der konventionellen Ausgaben (Unterfinanzstrat) bemerkt. Abg. Varfuss (fr. Volksp.): Die gestrigen Ausführungen des Abg. Ring über die Unbilligkeit der Brotpreise von den Gewerbetreibenden bescheiden sich auf eine Zeit, wo es noch keine Statistik über diese Preise gab. Ich habe dagegen jetzt statistisch nachgewiesen, daß die Steigerung der Preise seit dem Erlaß der Erhöhung der Mehl- und Brotpreise zur Folge hat und ungeteilt. Nebenher lacht dies an der Hand der amtlichen Statistik und mit Hilfe einer Broschüre von Dr. Stübgen nachgewiesen, wird aber dabei vom Reichspräsidenten Fr. v. Heerem ver-

schiedene male darauf aufmerksam gemacht, daß diese Ausführungen über den Nutzen einer Spezialabstufung hinausgehen drohen. Abg. Schmidt (Stglitz, kont.) spricht dem Minister gegenüber den Wunsch aus, daß für gärtnerische Interessen ein Desernat geschaffen werde, da jetzt Kunst- und Handelsgärtner ungleichmäßig und daher ungerecht behandelt werden. Auch werden jetzt kleine Gärtnereien oft verhältnismäßig stärker mit Steuern belastet als die großen, besonders wenn letztere von Nichtgärtnern betrieben würden.

Minister v. Hammerstein-Vogten: Ich werde den Vorschlag in Erwägung ziehen, glaube aber nicht, daß die Steuer bezüglichen Angelegenheiten besser in dem Revisor der Steuern zur Erledigung gebracht werden können.

Abg. Gottheil (fr. Wagn.) weist dem Abg. Gamp gegenüber nochmals auf die Verschärfung des Terminhandels aus, für das reelle Geschäft hin, wird aber ebenfalls vom Reichspräsidenten Frhn. v. Heerem demnächst angenommen gemacht, daß keine Generalabstufung, sondern Spezialabstufung stattfinden, welche wiederholt wurde, als Richter von den Staatsräthen und dem Reichsbau zu reden beginnen wollte, worauf Richter aus Wort verdrängte.

Der Etat wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels: Ministerium.

Der Etat der General-Kommissionen bemerkt. Minister Frhn. v. Hammerstein-Vogten: Auf Wunsch der Budgetkommission geht die folgende Erklärung aus: Die für die neue General-Kommission in Königsberg in den Etat eingestellten Summen werden nur dann zur Veranschlagung gelangen, wenn der General-Kommission die Erlaubnis einer neuen General-Kommission für die Provinz Pommern angenommen wird.

Abg. v. Brockhausen (kon.): Die „Freiwillige Zeitung“ behauptet, die Entscheidung der Bildung von Selbstkommissionen habe es bewirkt, daß in Pommern die Bauern vielfach zur Auswanderung nach Amerika gezwungen seien. Das ist durchaus unrichtig. In Pommern ist für jeden Bauern noch immer Gelegenheit gegeben, sich ein Gut zu erwerben, aber die großen Gutsherrscher dort sind allerdings bald gezwungen, Haus und Hof zu verlassen. Die Herren, die zu etwas schreiben, sollten nicht nach den Wählern mit ihren Sargsteinen von zweifellos bester Abstammung und zweifellos nicht lieber einmal nach Hinterpommern in die Sommerfrische gehen, da würden sie allerdings mehr sehen, aber auch vieles lernen können. Gutsherrscher dort sind allerdings bald gezwungen, Haus und Hof zu verlassen. Die Herren, die zu etwas schreiben, sollten nicht nach den Wählern mit ihren Sargsteinen von zweifellos bester Abstammung und zweifellos nicht lieber einmal nach Hinterpommern in die Sommerfrische gehen, da würden sie allerdings mehr sehen, aber auch vieles lernen können.

Abg. v. Brockhausen (kon.): Die „Freiwillige Zeitung“ behauptet, die Entscheidung der Bildung von Selbstkommissionen habe es bewirkt, daß in Pommern die Bauern vielfach zur Auswanderung nach Amerika gezwungen seien. Das ist durchaus unrichtig. In Pommern ist für jeden Bauern noch immer Gelegenheit gegeben, sich ein Gut zu erwerben, aber die großen Gutsherrscher dort sind allerdings bald gezwungen, Haus und Hof zu verlassen. Die Herren, die zu etwas schreiben, sollten nicht nach den Wählern mit ihren Sargsteinen von zweifellos bester Abstammung und zweifellos nicht lieber einmal nach Hinterpommern in die Sommerfrische gehen, da würden sie allerdings mehr sehen, aber auch vieles lernen können. Gutsherrscher dort sind allerdings bald gezwungen, Haus und Hof zu verlassen. Die Herren, die zu etwas schreiben, sollten nicht nach den Wählern mit ihren Sargsteinen von zweifellos bester Abstammung und zweifellos nicht lieber einmal nach Hinterpommern in die Sommerfrische gehen, da würden sie allerdings mehr sehen, aber auch vieles lernen können.

Abg. Dr. Baasche (N.) empfiehlt eine Vereinigung der Bureauassistenten bei den General-Kommissionen mit den Bedienten aus einer besonderen Klasse und der Verwirklichung der General-Kommissionen durch die General-Kommissionen sowie eine Aufhebung der genannten Beamtenkategorien. Geheimrat Behner erwidert, man könne diese Beamten nicht allein herausnehmen und aufheben; zu einer allgemeinen Gehaltsaufhebung oder fessele es an Willen. Die Gehaltsverhältnisse der Spezialkommissionen sind getrennt zu regeln, gleiches aus, man könne das lieber mit dem Gehalt der Beamten verbinden. Eine Vereinigung der Bureauassistenten und Sekretäre ist von der Regierung bereits erwogen worden, man habe aber noch kein abschließendes Urteil darüber gefaßt.

Abg. Varfuss (fr. Volksp.): Die Zurückhaltung der Beamten bei der Rentengeldbildung darf man nicht ausschließen, besonders da diese Zurückhaltung bis jetzt der Verfall der Anlieher ge-

Abg. Richter: Herr v. Brockhausen hat uns eingeladen, nach Hinterpommern zu kommen, um die Verhältnisse kennen zu lernen. Dann hat er sich über die gegenwärtige Güterausdehnung ausgesprochen. Es ist doch sehr fonderbar, daß ein Herr im Parlament solche Reden hält! Gerade die Güterausdehnung durch diesen Bauern einen großen Dienst geleistet. Die Bauern sind auch nicht so dumm, daß sie das etwa glauben sollten, was die Herren von der rechten Seite ihnen immer vorreden, sie fallen auch nicht auf den Antrag Rantzau ein. Die Bauern sind froh darüber, daß es Güterentzogen gibt, die wirklich reell vorgehen. Derartige Angriffe, wie sie der Herr v. Brockhausen hier gegen die Agenten geschickt, sollte er doch lieber anderswo abgeben. Die Welt muß einermüdet werden, auch ich mitmachen, doch nur, wenn Herr von Brockhausen mit mir auch in die Dörfer kommt, die ich ihm nenne.

Abg. v. Brockhausen: Der Vorredner tritt sich sehr; wenn er meint, daß die Bauern in Hinterpommern gegen den Antrag Rantzau sind, so tritt er sich gewaltig; wenn es wirklich einige solcher Leute geben sollte, so ist es arme Verwirrer, die bald andere Waaren liefern werden. Das die Güterausdehnung ist gegenrechtig gefaßt hat, ist eine falsche Behauptung. Ich verweise auf die Berichte, die der Regierung in Frankfurt a. d. O. unterbreitet worden sind. Wir kennen die Verhältnisse besser als Herr Richter. Seine guten Reden werden vor seine Folge leisten. Aber weshalb denn gleich so groß, Herr Richter? (Beifall.) Seine Rede ist eine hinterpommernische Rede, die kommen, wird es nachkommen, aber er muß dann auch mit mir in die Dörfer kommen, die ich ihm nenne.

Abg. Richter bedauert, einer in dieser Form gedachten Einleitung nicht Folge leisten zu können, und erklärt, daß er zufriedene Bauern wolle, während die Herren Konterparten nur Unruhe im Lande erregen wollten (Gelächter rechts).

Die Sitzung ist mit Bewilligung des Tagesordnungsrestes mit Bewilligung des Kapitels: Landwirtschaftliche Verbrauchskassen beendet.

Abg. v. Voppenhain (kon.) eine landwirtschaftliche Mittelschule in Warburg erwidert zu leben.

Abg. Barthold (N.) wünscht eine vollständige Durchprüfung des Normalrats auch bei den landwirtschaftlichen Mittelschulen.



